

Sozialismus.de

Heft 11-2024 | EUR 9,00 | C 12232

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz

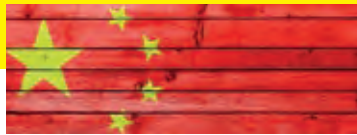


Bernhard Müller: Kampf um soziale Sicherung

Hermann Nehls: Den Frieden gewinnen, nicht den Krieg

Beiträge u.a. von

Ulrike Eifler, Rudolf Hickel, Joachim Bischoff, Björn Radke, Klaus Bullan, Alban Werner, Wolfgang Müller, Hinrich Kuhls, Roland Schneider



**Forum
Gewerkschaften**



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.Sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion
zwischen den monatlichen
Printausgaben im Netz auf
www.Sozialismus.de

Aufbruch der Linken – wohin?

Im Unterschied zum Landesparteitag der Berliner Linken, der nach heftigen Kontroversen über die Haltung zu Israel-Palästina abgebrochen werden musste, ist der Bundesparteitag in Halle/Saale ohne Eklat und mit viel Hoffnung zu Ende gegangen. [...]

Orientierung auf den linken Markenkern

Auf ihrer zweitägigen Klausurtagung hat die SPD-Parteiführung die Weichen für den Bundestagswahlkampf gestellt. Mit dem Strategiepapier »Wir kämpfen für Deutschlands Zukunft: Wirtschaft ankurbeln, Arbeitsplätze sichern, Beschäftigte entlasten« signalisiert die SPD eine Besinnung auf ihren Markenkern. [...]

Griechische Verhältnisse in Frankreich

Um der Linken jeden Einfluss auf die Staatsgeschäfte zu verwehren, hat sich Ministerpräsident Michel Barnier von der Unterstützung des Rassemblement National abhängig gemacht. Der braucht Erfolge, da neun ihrer EU-Abgeordneten, darunter die Fraktionsvorsitzende Marine Le Pen selbst, vor Gericht stehen, weil sie die Parteikasse durch fiktive Arbeitsverhältnisse aufge bessert haben. [...]

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonnent:innen und Leser:innen das konkret machen könnten, steht ebenfalls unter
www.Sozialismus.de

Wohlstandsverluste

Rudolf Hickel: Das Elend der Schuldenbremse
Fehlentwicklungen in der Mehrfachkrise und Korrekturbedarf 2

Alban Werner: Gefangen im Interregnum
Die politische Gefechtslage im letzten Jahr der Ampel-Koalition 7

Joachim Bischoff: Adieu Wachstum. Die deutschen Wirtschaftsaussichten
und das Elend der Konjunkturförderung 11

Umbruch in der politischen Arena

Björn Radke:
Neue strategische Aufstellung der Grünen? 16

Ulrike Eifler:
Die Linke: Es bleibt kompliziert, aber es gibt eine echte Chance 21

Klaus Bullan: Jugend 2024 – Aufwachsen in einem multiplen Krisenmodus
Die Ergebnisse der neuesten Shell-Jugendstudie 24

Internationale Weichenstellungen

Joachim Bischoff: Trumps antiliberaler Rebellion
gegen eine rundlaufende US-Ökonomie 30

Wolfgang Müller: Keynes in Peking? Kann China den deflationären Kreislauf
durchbrechen und das Demografieproblem lösen? 35

Hinrich Kuhls: Das Kabinett Starmer am Start
Die ersten 100 Tage der neuen Labour-Regierung 42

Roland Schneider: Pflichtenheft für die neue EU-Kommission
Kein Wegweiser zu einem neuen Akkumulationsregime: der Draghi-Bericht 48

Forum Gewerkschaften

Bernhard Müller:
Kampf um die soziale Sicherung 55

Hermann Nehls:
Den Frieden gewinnen, nicht den Krieg 62

Sozialismus.de Debatten

Peter Sörgel:
Gewerkschaftliche und linke Positionen zum Ukrainekrieg 64

Veranstaltungen | Impressum | Film

Impressum 67

Veranstaltungen 68

Klaus Schneider: »The Beast« (Filmkritik) 69

Trumps antiliberale Rebellion gegen eine rundlaufende US-Ökonomie

von ■ Joachim Bischoff



Foto: dpa/picture alliance

US-Präsident Joe Biden hat davor gewarnt, dass sein republikanischer Vorgänger Donald Trump eine mögliche Niederlage bei der Wahl im November wie schon 2020 nicht anerkennen werde. Er sei »überhaupt nicht zuversichtlich«, dass es im Falle einer Schlappe für Trump im Januar eine friedliche Machtübergabe an Kamala Harris geben werde, sagte Biden im Gespräch mit dem Sender CBS.

Mindestens einige Mitstreiter*innen in Trumps Wahlkampfteam – wie beispielsweise der Kandidat für die Vizepräsidentschaft, Vance – teilen noch heute die These von der gestohlenen Wahl. Trump hatte damals in seinem

Onlinenetzwerk Truth Social kommentiert: »Ein massiver Betrug dieser Art und dieses Ausmaßes ermöglicht die Aufhebung aller Regeln, Vorschriften und Artikel, sogar derjenigen, die in der Verfassung stehen.« Er meine, was er sage, meint Joe Biden mit Blick auf Äußerungen Trumps. »Wir nehmen ihn nicht ernst. Aber er meint es ernst mit all dem Gerede über ein Blutbad, wenn sie verlieren.«

Auch die demokratische Präsidentschaftskandidatin Harris warnte vor der möglichen politischen Entwicklung: »Jemand, der vorschlägt, dass wir die Verfassung der Vereinigten Staaten aufheben sollten, sollte nie wieder die Gelegenheit

haben, hinter dem Siegel des Präsidenten der Vereinigten Staaten zu stehen«, sagte Harris.

Was missfällt Trump und der MAGA-Bewegung?¹

Im Mittelpunkt der rechtspopulistischen Bewegung stehen Staatsbürger*innen, die sich wütend gegen die gebrochenen wirtschaftlichen Versprechen der Politiker*innen auflehnen. Die gewaltbereiten Amerikaner*innen haben mit der überlieferten Gestalt der Demokratie abgeschlossen. »Sie sind zur Überzeugung gekommen, dass die Eliten des Landes so korrupt geworden sind und

ihre Demokratie derart verkommen ist, dass Aufstände, politische Morde und gewaltsame Attacken akzeptabel, ja notwendig geworden sind, um wieder eine wahrhafte Demokratie für die Menschen zu errichten«, stellt Robert Pape fest.

In diesem Sinne bietet Trump mit der »MAGA«-Bewegung eine Plattform. »Wir werden die Republik wiederherstellen und wir werden eine reiche und wunderbare Zukunft einleiten, die die Menschen so sehr verdienen«, sagte Trump während seiner Rede auf dem Parteitag der Republikaner am 18. Juli, bei dem er offiziell zum Präsidentschaftskandidaten der Partei nominiert wurde. »Amerikas Zukunft wird größer, besser, kühner, heller, glücklicher, stärker, freier, größer und geeinter sein als je zuvor.«

Trumps wirtschaftspolitische Positionen sind im Wesentlichen dieselben, die er auch in seiner ersten Amtszeit als Präsident (2017–2021) vertreten hat. Er steht für Zollerhöhungen, Steuer-senkungen und harte Maßnahmen gegen Migrant*innen (Grenzschließungen, Abschiebungen etc.). Neu sind dagegen seine Erfahrung mit gesellschaftlichen Widerständen und seine Entschlossenheit in der Umsetzung. »In seiner ersten Amtszeit ist Trump auf viele Hindernisse gestoßen. Jetzt ist er entschlossen, diese Hindernisse direkt aus dem Weg zu räumen.«

Wirtschaftspolitisch ist das zentrale Ziel der Politik Donald Trumps eine deutliche Erhöhung des Wirtschaftswachstums sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen in den USA. Er will das größte Jobwunder der Geschichte realisieren. Die Instrumente hierfür sind im Wesentlichen Steuersenkungen für Unternehmen, Investitionsprogramme für den Aufbau und die Modernisierung der Infrastruktur sowie Importbeschränkungen zum Schutz heimischer Industrien. Trump plädiert dafür, die auslaufenden Maßnahmen des Tax Cuts and Jobs Act (TCJA) von 2017 zu verlängern und den Körperschaftssteuersatz von aktuell 21% weiter auf 15% zu senken.

Trump verspricht, seinen Kampf gegen Zuwanderung mit der »größten Abschiebeaktion der amerikanischen Geschichte« fortzusetzen. Doch dürften logistische und rechtliche Hürden eine

solche Aktion enorm schwierig machen. Außerdem scheint die (zum Teil illegale) Zuwanderung für Entspannung auf dem unter Arbeitskräfteknappheit leidenden Arbeitsmarkt gesorgt und den Inflationsdruck verringert zu haben. Dies würde sich bei einer entschiedenen Bekämpfung der Zuwanderung wieder umkehren – was Trump aber wohl abstreiten würde.

Trumps politisches Steckenpferd ist die Handelspolitik. Er verspricht einen 10-prozentigen universellen Basis-Zoll auf alle eingeführten Waren und 60% auf Einfuhren aus China. Obwohl die Einführung von Zöllen unter normalen Umständen der Zustimmung des Kongresses bedarf, verfügt der Präsident im Rahmen der Handelsgesetze über einige Befugnisse. Er kann gemäß Abschnitt 232 des Trade Expansion Act von 1962 einen nationalen Sicherheitsnotstand ausrufen, sich gemäß Abschnitt 301 des Trade Act von 1974 auf unfaire Handelspraktiken berufen oder gemäß Abschnitt 201 desselben Trade Act eine Schädigung der heimischen Industrie geltend machen. Diese Befugnisse – und die Feindschaft gegen China – machen Zölle zur beliebtesten wirtschaftspolitischen Maßnahme Trumps.

Selbst wenn diese Maßnahmen zügig realisiert werden könnten, sind die Folgen eindeutig: eine monetäre Finanzierung von Haushaltsdefiziten und die Erhöhung des inflationären Drucks. Gegenwärtig sieht ein großer Teil der Wähler*innen die Inflation als ein besonders dringliches Problem. In einer YouGov-Umfrage 2024 gaben 25% der Befragten an, dass Inflation und Preissteigerungen für sie die wichtigsten Themen seien, weit wichtiger als Einwanderung, Arbeitsplätze und Konjunktur.

Steuersenkungen, Zölle und Abschiebungen würden das ohnehin hohe Haushaltsdefizit weiter ansteigen lassen, die Löhne in die Höhe treiben und die Inflation anheizen, argumentieren Expert*innen. Trump attackiert zwar zentral die Inflation, aber es ist fraglich, ob seine Wirtschaftspolitik geeignet wäre, daran etwas zu ändern.

Schwäche der Bidenomics

Der amtierende Präsident hat seine politische Konzeption so definiert: »Stellt Euch vor: »Bidenomics« funktioniert. Als ich ins Amt kam, wütete die Pandemie, taumelte die Wirtschaft«, so der Demokrat. »Seitdem haben wir 13,4 Millionen neue Jobs geschaffen. Mehr neue Jobs in zwei Jahren als jeder andere Präsident zuvor in vier Jahren.« Dafür verantwortlich waren drei große, milliarden schwere Hilfspakete: der CARES Act (Trump), der American Rescue Plan (Biden) und schließlich der Inflation Reduction Act (Biden). Sie haben die Wirtschaft stabilisiert.

Die Demokraten haben bei knappen Mehrheiten im Kongress billionenschwere Programme durchgesetzt: massive staatliche Investitionen in Straßen, Brücken, Schienen, in Klimaschutz, in neue Fabriken im eigenen Land, etwa zur Chip-Produktion. »Mit »Bidenomics« ist gemeint, ziemlich kleinteilige Dinge als Ganzes zusammenzufügen, erledigt zu bekommen« erklärt Bidens wichtigster Wirtschaftsberater, Jared Bernstein, im Radiosender NPR. »Es heißt, die Wirtschaft von unten nach oben zu gestalten, in einer Weise, die bei den Leuten starken Nachhall findet.« Doch genau dieser Nachhall ist auch das Kernproblem. Wirtschaftliche Zusammenhänge sind schwer zu vermitteln. Und viele Leute auf der Straße stehen noch immer unter dem Eindruck hoher Preissteigerungsraten: Die verbreitete Klage: »Lebensmittel einzukaufen, das Auto vollzutanken – es ist alles teurer geworden«

Biden und seiner Vizepräsidentin Harris ist es unzureichend gelungen, der amerikanischen Öffentlichkeit die wirtschaftlichen Visionen alltagstauglich zu vermitteln. In einer Umfrage der Meinungsforscher von YouGov für das britische Nachrichtenmagazin The Economist sagten 51% der Befragten Mitte Juli, sie seien nicht mit Bidens Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik einverstanden. Rund 58% sagten, Biden mache zu wenig, um die Inflation einzu-

¹ Our Own Worst Enemies. The Violent Style in American Politics By Robert A. Pape. November/December 2024. Published on September 23, 2024.

dämmen. Und 54% der Befragten gaben an, die Wirtschaftslage habe sich in Bidens Amtszeit insgesamt verschlechtert.

Fakt ist: Die Preissteigerungsrate hat sich deutlich abgeschwächt und bewegt sich auf das 2%-Ziel zu. Ihren Höhepunkt hatte sie im Juni 2022 mit 9,1%. Die Inflationsrate fiel im September auf 2,4%. Die Kerninflation, also ohne Berücksichtigung der schwankungsintensiven Energie- und Lebensmittelpreise, betrug derweil 3,3%.

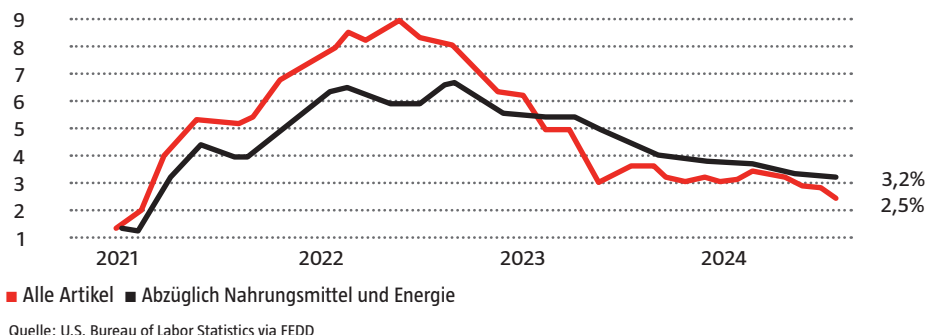
US-Präsident Biden tourt durchs Land, um seine Wirtschaftspolitik als erfolgreich zu verkaufen. Seine Vizepräsidentin und demokratische Präsidentschaftskandidatin Kamala Harris spricht von der »stärksten Wirtschaft der Welt« und konkretisiert zur Wirtschaft ihre Pläne bei Wahlkampfenden. Der republikanische Herausforderer Donald Trump wirft beiden vor, die Wirtschaft ruiniert zu haben und macht sie für die hohen Preise verantwortlich.

Die Konzeptionen der beiden Präsidentschaftskandidat*innen für die weitere Gestaltung der Ökonomie sind sehr unterschiedlich. Ein Beispiel sind die Steuern: Trump verspricht massive Steuersenkungen, während Harris die Steuern für Großunternehmen und Superreiche erhöhen will. Sollte sie die Wahl gewinnen, will sie die Mittelschicht durch Steuersenkungen entlasten und Wohneigentum fördern.

Wie sich die US-Wirtschaft in den letzten Wochen vor der Wahl entwickelt, ist einer der entscheidenden Faktoren für den knappen Wahlausgang. Die Arbeitslosenzahlen und die Inflation bestätigen den Kurs der Demokraten. Aber ob sich diese Realität gegenüber den Erzählungen der Trumpisten durchsetzen kann, ist offen.²

Harris will am wirtschaftspolitischen Kurs der Bidenomics festhalten, den sie als Vizepräsidentin unterstützt hat. Es wird erwartet, dass sie sich weiterhin für Arbeitnehmerrechte und erneuerbare Energien einsetzen wird, und außerdem dafür, strategisch wichtige Technologien wie die Halbleiterproduktion wieder verstärkt in den USA anzusiedeln. Der Welthandel wird wichtig bleiben, aber einige Einfuhrzölle würden unter einer Präsidentin Harris wahrscheinlich beibehalten.

Abb. 1: US-Verbraucherpreisindex, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % (Januar 2021 bis August 2024)



Derzeit zeigt sich die US-Wirtschaft dynamisch und mit einem Wachstum von aufs Jahr gerechnet 2,8%. Das Problem der Demokraten sei, dass sie dafür keine Anerkennung erhalten, sagt der Politologe Mallinson. Das hänge mit dem Geldbeutel der Wähler*innen zusammen. »Die Wähler interessieren sich für ihre eigenen Finanzen einfach mehr als für den Zustand der Gesamtwirtschaft.«

Die USA setzen sich deutlich von dem ökonomischen Kriechgang ab, der in Europa oder China herrscht. In letzter Zeit hatte sich in den USA die Sorge breitgemacht, dass sich die amerikanische Wirtschaft stark abkühle und dass gar eine baldige Rezession drohen würde. Frachtraten und Beschäftigungszuwächse aber zeigen: Die US-Konjunktur brummt, Europa schwächelt deutlich.

Finanzministerin Janet Yellen unterstreicht, dass keine starke Abkühlung der US-Konjunktur zu erwarten sei und es keine Massenentlassungen geben werde. Die US-Wirtschaft sei auf einem soliden Kurs. Sie unterstrich, dass die US-Wirtschaft trotz teilweise schwächer ausgefallener Konjunkturdaten stark bleibt. »Wir sehen weniger Nachfrage bei den Einstellungen und offenen Stellen, aber keine umfangreichen Entlassungen«, erklärte Yellen.

Yellen versicherte weiter, dass die US-Wirtschaft nahezu »Vollbeschäftigung« erreicht habe. Sie ergänzte, dass die erwarteten Maßnahmen der Leitzins-Senkungen durch die US-Notenbank Fed zu einer »weichen Landung« führen würden. Sie geht also davon aus, dass die USA eine Rezession vermeiden

können. Yellen erklärte laut CNBC: »Es ist erstaunlich, dass wir die Inflation so massiv senken konnten. Das nennen die meisten eine weiche Landung.« Die USA sind nach wie vor der Motor der Weltwirtschaft, während Europa und China weiterhin im internationalen Konjunkturgetriebe nur mitschwimmen.

Auch der amerikanische Arbeitsmarkt zeigt sich viel robuster als in den Medien befürchtet. Die Unternehmen schufen im September gemäß einer ersten Schätzung des Arbeitsdepartements 254.000 neue Jobs; das sind fast doppelt so viele, wie Analysten erwartet hatten. Zudem wurden die Schätzungen, wie viele Jobs im Juli und August geschaffen worden waren, deutlich nach oben korrigiert. Die Arbeitslosenquote fiel derweil von 4,2 auf 4,1%.

Auch andere Indikatoren machen deutlich, dass die USA derzeit weit von einer Abschwächung der Wirtschaft oder einer Rezession entfernt sind. Gemäß aktuellen Schätzungen wuchs die weltgrößte Volkswirtschaft im zweiten Quartal mit 3,0%. Und der Echtzeit-Tracker des Atlanta Fed deutet darauf hin, dass das BIP auch im dritten Quartal um 2% bis 3% zulegen wird. Die Löhne der Amerikaner*innen steigen, die Konsumausgaben nehmen ebenfalls zu.

Die erfreulichen Neuigkeiten aus dem Arbeitsministerium sorgen auch bei der US-Notenbank Fed für Erleichterung. Viele der Kritiker*innen, die dem Fed eine zu strikte Geldpolitik vorwarfen, dürften fürs Erste verstummen. Vor kurzem hat das Fed erstmals seit Beginn der Pandemie 2020 die Zinsen gesenkt. Die Notenbank beschloss dabei eine Zinssenkung um hohe 0,5

Prozentpunkte, während sie üblicherweise für kleinere Veränderungen von 0,25 Prozentpunkten optiert. Die Fed-Führung entschied sich für den großen Senkungsschritt, weil sie befürchtete, den Arbeitsmarkt mit ihren hohen Leitzinsen bereits über Gebühr abgekühlt zu haben. Das Fed sah sich dem Vorwurf ausgesetzt, abermals zu spät auf die wirtschaftliche Entwicklung reagiert zu haben. Anders als z.B. die Schweizerische Nationalbank muss es nämlich nicht nur die Inflation im Griff behalten, sondern auch für Vollbeschäftigung im Land sorgen.

In den vergangenen zwei Jahren hatte sich das Fed noch vor allem auf die Bekämpfung der sehr hohen Inflation konzentriert. Im September richtete die Notenbank – und mit ihr der Finanzmarkt – ihren Fokus dann jedoch voll auf den Arbeitsmarkt. Auch deshalb finden die neuen Zahlen an der Börse starke Beachtung.

Inflation rückläufig

In den USA hat sich der Preisauftrieb weiter abgeschwächt. Die Verbraucherpreise stiegen im September zum Vorjahresmonat um 2,4% (siehe Abb. 1). Die Inflationsrate ist die niedrigste seit März 2021. Im Vormonat hatte die Rate 2,5% betragen. Volkswirte hatten im Schnitt mit einer unveränderten Rate gerechnet. Früher hätten Kernindikatoren wie Wachstum, Beschäftigung und Inflation die Wahlchancen eines Amtsinhabers bestimmt, sagt Laura von Daniels, Leiterin der Forschungsgruppe Amerika bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). In den vergangenen Jahren habe sich allerdings etwas Entscheidendes verändert: »Zunehmend geht man von der gefühlten wirtschaftlichen Situation aus. Das ist bedingt durch Kampagnen und Desinformation – zum Teil auch über Social Media.«

Es gelinge politischen Gegnern immer häufiger, den Eindruck zu erwecken, dass die Lage desaströs sei, obwohl die Daten das Gegenteil nahelegen. »Es geht nicht mehr nur um die wirtschaftliche Situation, sondern auch um die Frage, wie die Menschen sie wahrnehmen«, so von Daniels. Nach Angaben des Instituts für Makroökonomie

und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung haben Haushalte mit niedrigen Einkommen unter Bidens Präsidentschaft sogar größere Reallohnsteigerungen erfahren als die oberen Lohngruppen.

Für 2024 prognostiziert das Institut derweil ein US-Wirtschaftswachstum von über 2%. »Zudem sehen wir deutliche Investitionssteigerungen in Schlüsselindustrien – wie beispielsweise der Batteriefertigung, der Fertigung von Photovoltaikanlagen und der Halbleiterindustrie«, berichtet Tom Bauermann, Referatsleiter für Makroökonomie der sozial-ökologischen Transformation am IMK. »Der IRA spielt in diesem Zusammenhang eine zentrale Rolle, genauso wie der CHIPS-Act und der Infrastructure-Investment-and-Jobs-Act. Alles Teile von ›Bidenomics‹.«

Die Demokratische Partei müsse nun ein Programm anbieten, das sich ganz klar von der Agenda von Donald Trump und J.D. Vance unterscheidet. »Aus meiner Sicht dürfte das dazu führen, dass man im Wahlkampf kommunikativer stärker klassische linke Positionen – wie Forderungen nach mehr Umverteilung – vertritt und die unter Biden begonnenen Programme fortführt, vor allem die neue Industriepolitik«, sagt SWP-Forscherin von Daniels.

IMK-Ökonom Bauermann sieht das ähnlich: Neben der Betonung der Unterschiede zu einer möglichen Trump-Administration könne es wichtig werden, Klimaschutz weiter als Jobmotor zu vermitteln und die Situation von Arbeitnehmer*innen anhaltend verbessern zu wollen. »Ich glaube, dass Präsident Biden in vielen Bereichen der Wirtschaftspolitik gut vorgelegt hat und sein Nachfolger hier auf Kontinuität setzen sollte.«

Trumps Agenda würde den USA schaden

Während Trump als Präsident von 2017 bis 2021 Zölle noch vergleichsweise gezielt eingesetzt hat, sieht er sie heute als Allzweckwerkzeug. Trump schlägt enorm hohe und breit anwendbare Zölle vor. In dieser Kombination würden sie sich sehr negativ auf die USA und die Weltwirtschaft auswirken.

Den möglichen Schaden aus dieser Handelspolitik genau zu prognostizieren, ist schwer. Auch weil die Liste der von Trump vorgeschlagenen Zollabgaben stetig wächst. An einem Tag droht er Zölle von 100% für Länder an, die sich vom US-Dollar abkoppeln. Am nächsten Tag will er dem Traktorhersteller John Deere Importgebühren von 200% auferlegen, falls dieser einen Teil seiner Produktion vom Mittleren Westen nach Mexiko verschiebt. Solche Abgaben würden das Handelsabkommen mit Mexiko und Kanada verletzen, das Trump selbst während seiner ersten Amtszeit ausgehandelt hat.

Hinzu kämen Importzölle von 10% oder auch 20% für alle Handelspartner – was zu großen Friktionen etwa mit der EU führen würde – und von 60% (oder mehr) für Waren aus China. Löste Trump in einer zweiten Amtszeit all seine Zollversprechen ein, würde er auch in den USA selbst wirtschaftlichen Schaden anrichten.

Erstens würde er unweigerlich Handelskriege anzetteln, die alle Beteiligten ärmer machten. Kleine exportorientierte Länder wie die Schweiz würden wohl kaum Vergeltungszölle einführen, die EU und China aber schon. Einzelne Branchen in den USA, etwa die Landwirtschaft oder die Automobilindustrie, sind von Exporten abhängig und würden stark unter diesen Handelskriegen leiden.

Zweitens wirken Zölle wie eine Importsteuer. Sie verteuern all die Waschmaschinen und Mangos, die die Amerikaner*innen so gern aus dem Ausland einfliegen lassen, aber auch Vorprodukte, welche amerikanische Firmen für ihre Produktion nutzen.

Die Importabgaben würden somit die Inflation erneut anheizen, welche die US-Notenbank gerade erst wieder unter Kontrolle gebracht hat. Da auch ein Großteil von Trumps übriger Politik preistreibend wirkt – vor allem die geplanten Steuersenkungen und Massendeportationen von illegalen Einwanderern –, ist die Gefahr real, dass die In-

² Vgl. dazu auch die Konfrontation bei den Einschätzungen im Umgang mit den Zerstörungen durch die Hurrikans. Redaktion Sozialismus, Entscheiden Milton und Helene die US-Wahl? Sozialismus.deAktuell 10. Oktober 2024.

flation erneut nach oben schießt und die Notenbank erneut zu einer restriktiven Geldpolitik zwingt. Hohe Leitzinsen könnten ihrerseits das Wirtschaftswachstum abwürgen.

Letztlich gefährdet Trumps Zollstrategie langfristig die Machtposition Amerikas in der Welt. Die Allzweckwaffe der Zölle stumpft mit der Zeit ab. Heute ist sie noch scharf, weil Exporte in die Vereinigten Staaten für andere Länder sehr wichtig sind. Die USA selbst sind wegen ihres riesigen Binnenmarkts weniger von anderen abhängig. Güterexporte nach Kanada, Mexiko und in die EU, die mit Abstand wichtigsten drei Exportdestinationen der USA, tragen jeweils nur etwas mehr als 1% zum amerikanischen Bruttoinlandsprodukt bei.

Zölle lenken die Handelsströme über die Zeit aber um, und die Bedeutung des Exportmarkts USA für andere Länder sinkt. Ein sich abschottendes Amerika verliert damit an Einfluss im Ausland. Die wirksamste Drohung ist jene, die man nicht umsetzen muss. Manche Handelspartner werden mit Trump verhandeln, um Zölle zu vermeiden. Und doch setzt sich der Ex-Präsident mit seiner Strategie selbst unter Zeitdruck. Je länger er hohe Zölle anwenden muss, desto schwerer wiegen deren Nebenwirkungen – steigende Inflation, nachlassendes Wachstum, schwindender Einfluss im Ausland. Das wiederum wissen auch Peking und Brüssel

Die »MAGA«-Bewegung

Donald Trump fordert die amerikanische Demokratie heraus und macht keinen Hehl aus seinen Plänen. Es handelt sich um ein erstaunliches Comeback. Vor Gericht wird er schwerer Verbrechen beschuldigt. Und doch könnte Donald Trump bald wieder als Präsident im Weißen Haus sitzen.

Sollte er als Präsident ins Weiße Haus einziehen, wird er seine radikale Agenda umsetzen. Im Weißen Haus würde da ein ganz anderer Geist wehen. Obwohl der Ex-Präsident bemüht ist, sich davon zu distanzieren, wäre dies der Geist des »Project 2025«, einem fast 1.000 Seiten umfassenden Positionspapier. »Die nächste Trump-Regierung wird weit mehr machen, als sie in ihrer Wahlkam-

pagne beschreibt«, stellt Ezra Klein in der »New York Times« fest. »Und das »Project 2025« – es wurde mit dem Input von mehr als 100 Organisationen produziert, die sich als Teil der MAGA-Koalition betrachten – wird die Lücke ausfüllen, die Trump hinterlässt. Dieser mag uns nicht verraten, was er im Schild führt, aber Project 2025 tut dies.«

Und Kevin Roberts von der Heritage Foundation³ bestätigt: »Kamala Harris hat in den letzten Monaten viel Zeit und Energie darauf verwendet, das »Project 2025« anzugreifen, den Plan der konservativen Bewegung, den Verwaltungsstaat einzuschränken und Washington wieder in die Hände des amerikanischen Volkes zu legen. Als die Vizepräsidentin in einem kürzlichen Interview zum zweiten Anschlag auf den ehemaligen Präsidenten Donald Trump befragt wurde, bezeichnete sie unsere Arbeit sogar als eine Bedrohung für die Sicherheit der Amerikaner. Dieser Versuch, politische Ideen mit einem Attentat gleichzusetzen, anstatt die Themen ehrlich zu diskutieren, ist unehrlich und gefährlich. Bevor die Vizepräsidentin die Stimmung also noch weiter aufheizt, möchte ich die Sache klarstellen. Im Mittelpunkt des Projekts 2025 steht nicht Donald Trump. Unsere politische Arbeit dreht sich nicht um einen einzelnen Präsidentschaftskandidaten und das war auch nie so. Wir begannen unsere Arbeit im Frühjahr 2022, bevor Trump seine Kandidatur für eine zweite Amtszeit ankündigte und lange vor den Vorwahlen. Und unsere Arbeit ist kein Einzelfall. Viele andere Thinktanks beider Lager, darunter das linksgerichtete Center for American Progress, leisten ähnliche Arbeit, um ihre eigenen Prioritäten voranzutreiben. Und schließlich ist unsere Arbeit nicht neu. Die Heritage Foundation hat seit Ronald Reagans Wahlsiegen 1980 und 1984 in jedem Wahlzyklus konservative politische Handlungsanweisungen herausgegeben. Damals wie heute zielt diese Politik darauf ab, den amerikanischen Bürgern die Möglichkeit zu geben, den amerikanischen Traum zu verwirklichen – ein Traum, der für immer mehr Amerikaner unerreichbar scheint.«

»Wir befinden uns im Prozess einer zweiten amerikanischen Revolution«,

erklärte Roberts jüngst. »Sie wird ohne Blutvergießen erfolgen – wenn es die Linken zulassen.«

Gegen die verkommene Grausamkeit von Trump

Trump zieht mit seiner Person und seinen »wired actions« einen Großteil der politischen Öffentlichkeit an. Aber »Die MAGA-Koalition [...] ist größer geworden als Trump«, stellt Ezra Klein in der »New York Times« fest. »Sie vertritt weit mehr Positionen als er.« Trump sei 2024 nicht mehr Herr der Lage, stellt Klein weiter fest. Die MAGA-Koalition sei größer geworden als er selbst. »Eine zweite Trump-Regierung würde mit Leuten bestückt sein, welche die (im Project 2025 aufgeführten) Ziele energisch verfolgen würden«, so Klein. Das wiederum wäre eine große Herausforderung der amerikanischen Demokratie.

Liz Cheney, die Tochter des einstigen Vizepräsidenten und Irak-Krieg-Architekten Dick Cheney, hat Trump am Anfang kräftig unterstützt. Die Abgeordnete aus Wyoming stieg bis auf den dritthöchsten Fraktionsposten auf. Doch nach Trumps Putschversuch im Januar 2021 kam der abrupte Bruch: Cheney stimmte für die nachträgliche Amtsenthebung, wurde Vorsitzende des Untersuchungsausschusses, von ihrer Partei geschasst und schließlich um das Mandat gebracht.

Nun ist die 58-Jährige die prominenteste Harris-Unterstützerin aus dem Republikaner-Lager. »Ich habe noch nie für einen Demokraten gestimmt«, gesteht sie auf einem Wahlkampfauftritt in Ripon. Dieses Mal aber werde sie es mit Stolz tun. Nicht nur Amerikas Zukunft, sondern die der ganzen Welt hänge davon ab, dass an der Spitze der USA eine Person stehe, die deren Werte verteidige und die Verfassung achte: »Ich weiß, dass sie (Harris, JB.) unser Land liebt und ich weiß, dass sie eine Präsidentin für alle Amerikaner sein wird.« Bei dieser Wahl, fordert Cheney, müssten alle Republikaner den »Patriotismus über das Parteibuch« stellen: »Ich bitte Sie, die verkommene Grausamkeit von Donald Trump abzulehnen.«

³ Presseerklärung der Heritage foundation vom 2.10.2024.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu

theoretischen oder historischen Grundsatzfragen ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- ☐ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 85,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte Buchprämie ☐ Russland ☐ Streik ☐ Luxemburg
- ☐ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 65,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte die Buchprämie ☐ Kapital ☐ 68er ☐ ABC
- ☐ Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 20,-/Ausland € 25,-).
- ☐ Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

